

mit Schwerpunkt **Energiemarkt**

Infrastrukturgroßprojekte im Alpenraum – Gemischte Bilanz für den Güterverkehr

Zwei Studien des ZEW untersuchen den geplanten Neubau eines Eisenbahntunnels zwischen Frankreich und Italien und quantifizieren die Kosten einer möglichen Schließung des Mont-Blanc Straßentunnels für den Straßengüterverkehr.



Der geplante Eisenbahntunnel zwischen Lyon und Turin stellt für regionale Distanzen eine Alternative zum Gütertransport auf der Straße dar.

Spätestens seit Hannibals Invasion in Italien sind die Schwierigkeiten von Alpenüberquerungen bekannt. Noch heute spielt die Bewältigung von Sicherheitsproblemen eine bedeutende Rolle in der europäischen Verkehrspolitik. Seit geraumer Zeit versucht sie, den Wechsel des Güterverkehrs von der Straße auf die Schiene zu fördern. Insbesondere zwischen Italien und Frankreich findet dieser Wechsel allerdings nach wie vor nur begrenzt statt. Gleichzeitig kosteten wiederholte schwere Lkw-Unfälle in den großen Alpentunnels – Mont Blanc (1999), Tauern (1999), Gotthard (2001), Frejus (2005) – zahlreiche Menschenleben und führten zu zeitweisen Schließungen einzelner Tunnels.

Seit Jahrzehnten ist der Neubau eines Eisenbahntunnels durch die Alpen zwischen Lyon und Turin in Planung. Der Bau des 53 Kilometer langen Basistunnels soll im Jahr 2013 beginnen. Die Baukosten des gesamten Projekts werden auf 15 Milliarden Euro geschätzt. Sie sollen zu etwa gleichen Teilen von der Europäischen Union, Italien und Frankreich getragen werden. Ab dem Jahr 2020 soll der Tunnel eine neue Transportmöglichkeit über die Alpen eröffnen und damit die Straße entlasten. Eine Studie des ZEW (Discussion Paper 10-010) untersucht, inwiefern dieses Ziel erreicht werden kann.

Zu den Transportwegeentscheidungen des Güterverkehrs stehen nur begrenzt Informationen zur Verfügung. Die

Studie wählt daher einen auf einem individuellen Entscheidungsmodell basierenden Ansatz. Dieser kommt mit minimalen Datenanforderungen aus, nämlich den Marktanteilen, Preisen und Kosten einzelner Gütertransportwege.

Die Simulationsrechnungen des ZEW zeigen, dass der geplante Eisenbahntunnel auf regionalen Distanzen (zum Beispiel Lyon – Turin: 315 Kilometer) durchaus eine wettbewerbsfähige Alternative zur Straße darstellt. Auf längeren Distanzen, im Nord-Süd-Korridor (zum Beispiel Paris – Mailand: 850 Kilometer) verliert der Tunnel jedoch seine Wettbewerbsvorteile gegenüber der Straße. Die Studie kommt darüber hinaus zu dem Ergebnis, dass der Neubau des Tunnels für die West-Ost-Route (zum Beispiel Madrid – Mailand: 1575 Kilometer) durchaus zum Wechsel des Güterverkehrs von der Straße auf die Schiene führt.

Diese gemischte Bilanz bei den Folgen des geplanten Eisenbahntunnels zeigt,

IN DIESER AUSGABE

Infrastrukturgroßprojekte im Alpenraum – Gemischte Bilanz für den Güterverkehr	1
Experten erwarten positive Entwicklung des deutschen Aktienmarktes im Jahr 2011	2
Generationenwechsel im deutschen Mittelstand verläuft reibungsloser als erwartet.	3
Zum Einfluss politischer Überzeugungen auf das Wirtschaftswachstum	4
Arbeitsgemeinschaft oder Optionskommune – welches Jobcenter ist erfolgreicher?	5
Reale Zahlungsbereitschaft für den Klimaschutz	7
Workshop zu aktuellen Entwicklungen in der verhaltensbasierten Mikrosimulation.	9
Daten und Fakten.	11
Standpunkt.	12

FORSCHUNGSERGEBNISSE

dass der Neubau einer qualitativ hochwertigen Transportinfrastruktur nur eine Maßnahme unter vielen darstellt, um einen breiten Wechsel von der Strasse auf die Schiene zu erreichen. Für den französisch-italienischen Alpenkorridor könnten andere Maßnahmen, wie zum Beispiel die Schwerverkehrsabgabe in der Schweiz, die direkt in Investitionen für Schienenverkehrsträger fließt, eine geeignete Alternative sein, um den verstärkten Wechsel des Güterverkehrs von der Strasse auf die Schiene zu erreichen.

Eine weitere Studie des ZEW (Discussion Paper 10-095) untersucht die jährlichen Wohlfahrtsverluste, die sich aus einer Schließung des Mont-Blanc-Strasentunnels ergeben würden. Sie basiert

auf umfassenden Daten der Cross-Alpine Freight Transport Erhebung 2004 zu individuellen Routenentscheidungen.

Neueste Methoden zur Quantifizierung des Nutzens

Die Studie verwendet neueste Methoden zur Berücksichtigung unterschiedlicher Wertschätzungen für Kosten- und Zeitersparnisse. Solche Unterschiede können etwa aufgrund von Art und Gewicht der transportierten Ladung entstehen; beobachtbare Größen, die leicht berücksichtigt werden können. Es ist jedoch anzunehmen, dass sich Transporte auch durch spezielle logistische sowie routenplanerische Eigenheiten sowie persönli-

che Präferenzen einzelner Lkw-Fahrer unterscheiden. Diese Merkmale sind in der Regel nicht beobachtbar. Die Modellierung solcher Quellen für Wertschätzungsunterschiede ist für die Nutzenquantifizierung von zentraler Bedeutung und wurde in der Untersuchung umgesetzt.

Die Schätzungen des ZEW zeigen, dass die jährlichen direkten Nutzenverluste der Schließung des Mont-Blanc Tunnels für den Straßengüterverkehr in einer Spanne von 5,39 bis 7,09 Millionen Euro liegen. Im Vergleich zu den Baukosten des Eisenbahntunnels mit dem Ziel der Verlagerung des Güterverkehrs von der Straße auf die Schiene erscheint dies als eher kleine Größenordnung.

Hannes Ullrich, hannes.ullrich@business.uzh.ch

Experten erwarten positive Entwicklung des deutschen Aktienmarktes im Jahr 2011

Im Jahr 2011 wird sich der deutsche Aktienmarkt im internationalen Vergleich überdurchschnittlich entwickeln. Davon geht die Mehrheit der 231 Finanzmarktexperten aus, die durch das Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW) im Dezember 2010 befragt wurden.

Im Jahr 2011 wird sich der DAX besser entwickeln als der MSCI-Weltindex, der ein Portfolio aus globalen Standardwerten darstellt. Das jedenfalls meinen über 75 Prozent der Teilnehmer an der ZEW-Umfrage. Auch den asiatischen Aktienmärkten, mit Ausnahme von Japan, trauen über 75 Prozent der Befragten eine ähnlich überdurchschnittliche Entwicklung wie dem deutschen Aktienmarkt zu. Für den japanischen Aktienmarkt ebenso wie für das Vereinigte Königreich und den Euroraum (ohne Deutschland) gehen um die 40 Prozent der Befragungsteilnehmer von einer unterdurchschnittlichen Performance aus. Für den US-amerikanischen Aktienmarkt erwarten knapp 56 Prozent der befragten Experten, dass dieser sich in etwa genauso entwickeln wird wie der MSCI-Weltindex.

Mit Blick auf die Entwicklung der Aktienkurse in einzelnen Branchen gibt es

am deutschen Aktienmarkt für die Experten eindeutige Favoriten. Insbesondere Aktien von Maschinenbauunternehmen sowie von Unternehmen der chemischen und pharmazeutischen Industrie wird eine bessere Performance vorausgesagt

als dem DAX. Auch für Aktien aus den Branchen Fahrzeugbau und Konsumgüterindustrie sind die Experten optimistisch. Große Skepsis besteht dagegen noch immer gegenüber Aktien aus der Banken- und Versicherungsbranche. Rund 47 Prozent der Umfrageteilnehmer erwarten von dieser Branche in den nächsten zwölf Monaten lediglich eine unterdurchschnittliche Entwicklung.

Zwetelina Iliewa, iliewa@zew.de
Prof. Dr. Felix Schindler, schindler@zew.de



Die Finanzmarktexperten gehen davon aus, dass sich der deutsche Aktienmarkt 2011 „bullish“ entwickelt.

FORSCHUNGSERGEBNISSE

Generationenwechsel im deutschen Mittelstand verläuft reibungsloser als erwartet

Die Übergabe mittelständischer Familienunternehmen an die nächste Generation oder neue Eigentümer verläuft in Deutschland reibungsloser als gedacht. Fast 80 Prozent der Unternehmensnachfolger stufen die Unternehmensübergabe als gut vorbereitet ein.

In den Jahren von 2002 bis 2008 wurden in Deutschland rund 8.600 mittelständische Familienunternehmen, das sind Unternehmen mit mindestens 40 und höchstens 5.000 Mitarbeitern, an einen neuen geschäftsführenden Inhaber übergeben. Das entspricht etwa 23 Prozent der insgesamt 38.000 deutschen mittelständischen Unternehmen. Aus den übergebenen eigentümergeführten mittelständischen Familienunternehmen wurden für die Studie 1.100 zufällig ausgewählt und deren neue Eigentümer telefonisch befragt. Für Deutschland ist dies die erste Studie zum Generationenwechsel im Mittelstand, die in einem solch großen Maßstab durchgeführt wurde. An den Studien beteiligt waren das ZEW und das Institut für Mittelstandsforschung (ifm) der Universität Mannheim im Auftrag der BW-Bank.

Alteigentümer bleibt häufig nach der Übergabe im Unternehmen tätig

Gut ein Fünftel der übernommenen mittelständischen Familienunternehmen hat externe Nachfolger, fast drei Fünftel bleiben in Familienhand und ein weiteres Fünftel hat Nachfolger, die bereits vorher im Unternehmen gearbeitet haben. Die Zufriedenheit der neuen Inhaber mit der Vorbereitung der Unternehmensübergabe ist insgesamt sehr groß. Allerdings beurteilen externe Nachfolger die Güte der Vorbereitung etwas schlechter als interne. Ein unerwartet hoher Anteil der Alteigentümer ist auch nach der Übernahme noch im Unternehmen tätig und arbeitet gut mit dem neuen Inhaber zusammen. Dies gilt für fast zwei Drittel der befragten Unternehmen. In der Hälfte dieser Unternehmen nimmt er sogar eine Führungsfunktion wahr.

Indessen nimmt der Einfluss des Alteigentümers ab, je weiter die Übergabe zurück liegt. In den meisten Fällen unterstützt der Übergeber den Nachfolger so lange dies notwendig ist und zieht sich rechtzeitig aus dem Unternehmen zurück.

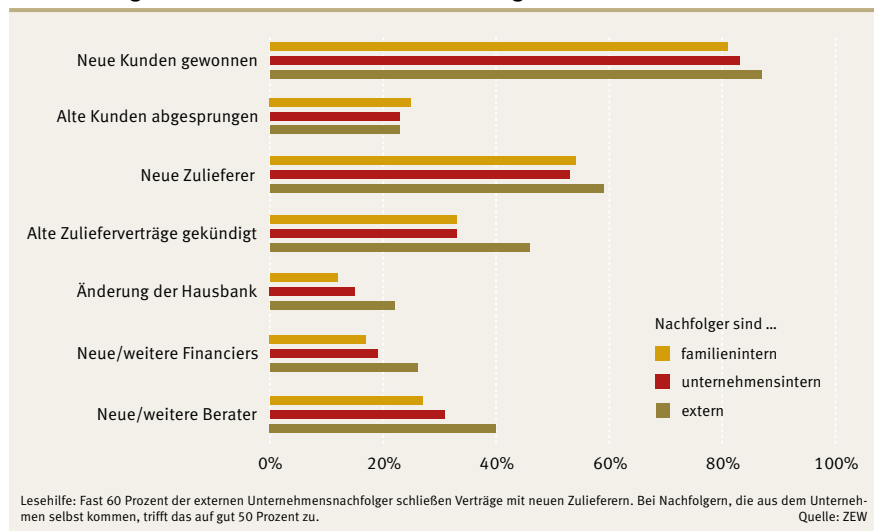
Die Studie zeigt bei der Qualifikation der neuen Eigentümer einen klaren Trend von einer überwiegend ingenieurwissenschaftlich/ technisch ausgebildeten Unternehmensgeneration hin zu eher betriebs-

Nachfolger auf diesem Feld besonders aktiv sind. Sie setzen auch stärker als interne Nachfolger neue Finanziers und Berater ein und kündigen Zulieferverträge. Auch ist bei externer Nachfolge häufig ein Wechsel der Hausbank zu beobachten (siehe Grafik).

Renditerückstand wird aufgeholt

Die Umsatzrendite der Unternehmen mit externer Nachfolge ist bei der Übernahme oft deutlich geringer, steigt in den folgenden Jahren allerdings stärker an als bei den anderen Nachfolgeunternehmen. Externe Nachfolger übernehmen somit zwar in der Regel weniger rentable Un-

Veränderungen der externen Geschäftsbeziehungen



wirtschaftlich qualifizierten Inhabern. Auswirkungen auf die Innovationsaktivitäten der Unternehmen zeigen sich bei einem Vergleich von Nachfolgern, die einerseits betriebswirtschaftlich oder andererseits ingenieurwissenschaftlich/ technisch ausgebildet sind, allerdings nicht.

Ein hoher Anteil der Unternehmensnachfolger nimmt nach der Übernahme organisatorische Veränderungen und Änderungen der externen Geschäftsbeziehungen vor. Dabei fällt auf, dass externe

Unternehmen als familien- und unternehmensinterne Nachfolger, haben aber Fähigkeiten, die sie in die Lage versetzen, das Entwicklungspotenzial ihrer Unternehmen zu aktivieren. So haben sie dann bereits wenige Jahre nach der Unternehmensübernahme ihren Renditerückstand aufgeholt.

Die vollständige Studie findet sich im Internet unter www.zew.de/generationenwechsel2010

Dr. Sandra Gottschalk, gottschalk@zew.de

FORSCHUNG SERGEBNISSE

Zum Einfluss politischer Überzeugungen auf das Wirtschaftswachstum

Ob ein Land von von „Rot“ oder „Schwarz“ regiert wird, hat keinen Einfluss auf das kurzfristige Wirtschaftswachstum. Die Einstellung der politisch Verantwortlichen zu Sozialstaat oder Technologie und Infrastruktur zeigt dagegen deutliche Spuren.

Um herauszufinden, ob und gegebenenfalls wie politische Überzeugungen Einfluss auf die wirtschaftliche Entwicklung einer Volkswirtschaft haben, nutzt die ZEW-Studie (Discussion Paper Nr. 10-092) Informationen des Comparative Manifesto Project. Dabei handelt es sich um ein großangelegtes politikwissenschaftli-

wachstum kann sie demnach keine Aussagen treffen, sodass sich langfristig einstellende positive Effekte, die mit bestimmten politischen Präferenzen einhergehen, wie etwa ein hoher Stellenwert von Bildung, nicht berücksichtigt werden können.

Die Analyse überprüft, ob einfache rechts-links Positionen der Regierungs-

litische Einstellung zum Sozialstaat, die Qualität, welche die Parteien staatlichen Institutionen beimessen (geäußert etwa im Kampf gegen Korruption) und die Meinung hinsichtlich dezentraler und föderaler Strukturen.

Wachstumsstimulierende Wirkung

Die empirischen Analysen des ZEW zeigen für vier der genannten Politikfelder einen signifikanten Einfluss auf die kurzfristige Wirtschaftsleistung. So wirkt sich eine positive Einstellung der politisch Verantwortlichen gegenüber staatlichen Eingriffen in das Marktgeschehen negativ auf das Wirtschaftswachstum eines Landes aus. Überdies wirkt die Überzeugung wachstumsdämpfend, der Sozialstaat müsse ausgedehnt werden. Wachstumsstimulierende Effekte zeigen sich dagegen, wenn die Regierenden eine positive Einstellung zu Technologie und Infrastruktur haben. Wachstumsimpulse gehen außerdem von der Befürwortung einer Förderung der Privatwirtschaft aus. Darüber hinaus deuten die Regressionen darauf hin, dass es keinen signifikanten Zusammenhang gibt zwischen der kurzfristigen wirtschaftlichen Entwicklung eines Landes und der Einstellung der politisch Verantwortlichen zur Qualität staatlicher Institutionen sowie zu Föderalismus oder Dezentralisierung.

Steffen Osterloh, osterloh@zew.de



Einfache rechts-links Positionen sind zu grobe Unterscheidungskategorien, um einen Einfluss politischer Präferenzen auf das Wirtschaftswachstum festzustellen.

ches Projekt, das Tausende von Wahlprogrammen aus 23 OECD-Ländern in Bezug auf die entsprechenden Parteipräferenzen ausgewertet hat. Basierend auf diesen Daten ist es möglich, Indizes für die allgemeine links-rechts-Position wie auch für bestimmte Politikbereiche zu berechnen, welche die politischen Präferenzen der Parteien beziehungsweise des Gesetzgebers darstellen. Die Untersuchung umfasst die Jahre 1971 bis 2004.

Kurzfristige Entwicklung im Fokus

Die Studie zielt auf den Zusammenhang zwischen parteipolitischen Präferenzen und dem kurzfristigen Wirtschaftswachstum ab. Über das langfristige Wirtschafts-

wachstum der entsprechenden Länder haben. Es zeigt sich, dass die politische Einstellung, sofern diese lediglich an Hand der groben Unterscheidung von linken und rechten Regierungen definiert wird, keinen nachweisbaren Effekt auf das Wirtschaftswachstum hat.

Anschließend werden Untersuchungen auf der Basis von verschiedenen Indizes durchgeführt, welche die politischen Präferenzen in Bezug auf spezifische Politikfelder erfassen. Die Studie unterscheidet die Einstellung gegenüber staatlichen Eingriffen in das Marktgeschehen, die Haltung gegenüber positiven Anreizen für Unternehmen, den Stellenwert von Technologie und Infrastruktur, die parteipol-

ZEW INTERN

Elektronischer Newsletter auch in englischer Sprache erhältlich

Ab dem 15.02.2011 erscheint der elektronische ZEW-Newsletter auch in englischer Sprache. Er informiert unsere internationalen Leser kostenlos einmal im Monat per E-Mail über Aktuelles aus dem ZEW. Sie können den englischen Newsletter abonnieren unter www.zew.eu/newsletter

Arbeitsgemeinschaft versus Optionskommune

Bezieher von Arbeitslosengeld II haben tendenziell bessere Chancen, eine Beschäftigung auf dem ersten Arbeitsmarkt zu finden, wenn das betreuende Jobcenter eine Arbeitsgemeinschaft aus Kommune und Agentur für Arbeit (ARGE) ist.

Vor der Umsetzung der Hartz IV-Reform bestand keine Einigkeit darüber, wer für die Betreuung und arbeitsmarktpolitische Aktivierung erwerbsfähiger Hilfebedürftiger zuständig sein sollte. Als Kompromiss wurde neben dem Regelmodell der sogenannten Arbeitsgemeinschaft (ARGE) das Alternativmodell der zugelassenen kommunalen Träger (zKT) beschlossen.

Zentrale und dezentrale Organisation

In der Mehrheit der 439 Kreise und kreisfreien Städte wurde eine ARGE aus Agentur für Arbeit und Kommune gegründet. Beide betreuen in der ARGE die erwerbsfähigen Hilfebedürftigen gemeinschaftlich. Die Agenturen für Arbeit sind dabei zuständig für die Verwaltung und Auszahlung der Regelleistung des Arbeitslosengelds II, die Aktivierung der Hilfebedürftigen mit arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen und ihre Vermittlung in Arbeit. Die Kommunen sind verantwortlich für die Leistungen für Unterkunft und Heizung sowie die Beratung bei Problemlagen. Charakteristisch für Arbeitsgemeinschaften ist, dass Weisungen der Bundesagentur für Arbeit (BA) bindend sind. Die ARGEen stehen unter dem direkten Einfluss der BA und sind als zentralisierte Jobcenter zu verstehen.

69 Kreisen und kreisfreien Städten wurde dagegen gestattet, die Betreuung von Hilfebedürftigen dezentral zu organisieren. In diesen zugelassenen kommunalen Trägern ist allein die Kommune verantwortlich für alle Aktivierungs-, Vermittlungs- und Beratungsaufgaben; die Agenturen für Arbeit sind nicht eingeschaltet.

Die Studie (Discussion Paper Nr. 10-106) untersucht den relativen Erfolg beider Organisationsmodelle. Sie basiert auf umfangreichen Erhebungen auf Ebene der Jobcenter, administrativen Daten der BA, einer Befragung von mehr als

20.000 Arbeitslosengeld II-Empfängern und zahlreichen regionalen Informationen. Die Daten umfassen die Jahre 2006 und 2007 und beinhalten eine Stichprobe von 154 Jobcentern (siehe Grafik) sowie von Personen, die im Oktober 2006 Arbeitslosengeld II bezogen haben und deren Werdegang bis Dezember 2007 verfolgt werden kann.

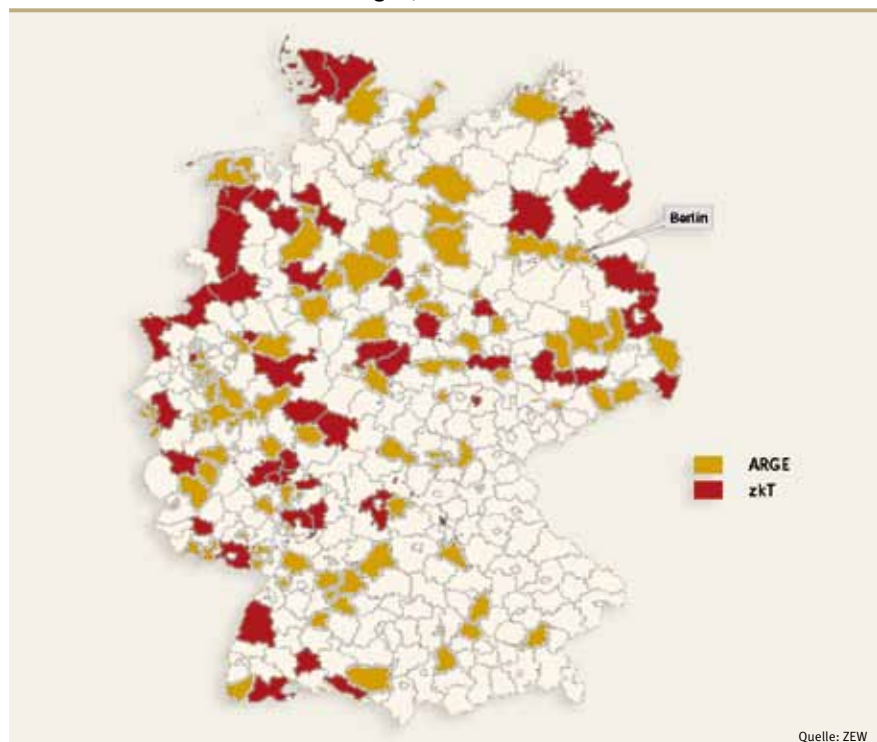
Die Ergebnisse zeigen, dass die dezentrale Organisation der zKT bei hilfebedürftigen Männern einen substanziell negativen Effekt auf deren Chancen hat, eine bedarfsdeckende Beschäftigung aufzunehmen, also eine Beschäftigung, die ein ausreichendes Einkommen sichert, um den ALG II-Leistungsbezug zu verlassen. Zugelassene kommunale Träger erzielen in Bezug auf diesen Indikator eine bis zu

drei Prozentpunkte geringere Integrationsrate als ARGEen. Auch für Frauen lässt sich tendenziell ein negativer Effekt feststellen. Dieser ist jedoch nicht statistisch signifikant. Es sind keine signifikanten Unterschiede erkennbar, wenn Beschäftigung mit anhaltendem Leistungsbezug als Ergebnisindikator verwendet wird.

Die Ergebnisse legen nahe, dass ARGEen erfolgreicher sind, wenn keine Vermittlungshemmnisse wie etwa unzureichende Kinderbetreuung bei Alleinerziehenden und jungen Müttern bestehen. Liegen diese vor, verlieren die standardisierten Vorgehensweisen der zentralisierten Aufgabenwahrnehmung ihren Effektivitätsvorsprung. Um bei Vermittlungshemmnissen eine Lösung für jeden Einzelfall sicherzustellen, ist eine enge Abstimmung mit lokalen Kooperationspartnern notwendig. Hier haben weder ARGE noch zKT einen Vorsprung.

Thomas Walter, walter@zew.de
Bernhard Boockmann, Stephan L. Thomsen,
Christian Göbel, Martin Huber

Im Rahmen der Studie berücksichtigte Jobcenter



Nachgefragt: Volle Freizügigkeit für die im Jahr 2004 beigetretenen EU-Länder

Die Zuwanderung nach Deutschland wird sich auch nach dem 1. Mai in Grenzen halten

Am 1. Mai 2011 erhalten die Menschen aus Mittel- und Osteuropa das uneingeschränkte Recht, in einem anderen EU-Land zu arbeiten. Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Wolfgang Franz erläutert die Auswirkungen der vollen Freizügigkeit auf den deutschen Arbeitsmarkt wie sie im Jahresgutachten des Sachverständigenrates thematisiert wurden.

Wie hoch wird die Anzahl der zu erwartenden Immigranten aus den im Jahr 2004 zur EU beigetretenen Ländern sein?

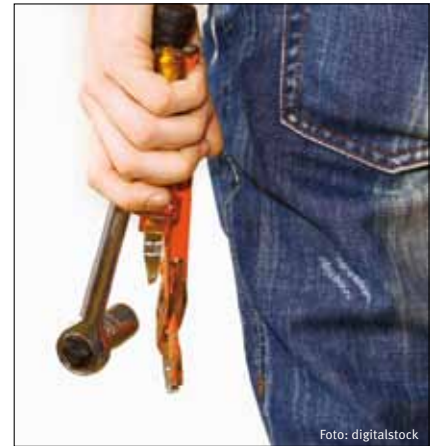
Vermutlich wird sich die Zuwanderung aus den mittel- und osteuropäischen EU-Beitrittsländern nach der Herstellung der vollen Freizügigkeit in Grenzen halten. Allein schon deshalb, weil die Hürden für die Zuwanderung auch bisher nicht unüberwindlich waren. Verschiedene Studien gehen davon aus, dass zwischen 50.000 und 150.000 Personen jährlich nach Deutschland zuwandern werden. Diese Untersuchungen berücksichtigen jedoch nicht die jüngste Finanz- und Wirtschaftskrise. Sie könnte die Arbeitsmarktsituation in den bisher beliebtesten Zielländern, dem Vereinigten Königreich und Irland, derart verschlechtern, dass ein längerer Aufenthalt dort unattraktiv wird. Ob dann aber tatsächlich eine Wanderung anstatt zurück in die Heimatländer nach Deutschland stattfindet, ist aufgrund möglicher Sprachbarrieren fraglich. Umgekehrt könnte die gute Arbeitsmarktsituation in Deutschland mehr Einwanderer aus Ost- und Mitteleuropa anziehen.

Welche Folgen wird die volle Freizügigkeit für Löhne und Beschäftigung in Deutschland haben?

Die Erfahrungen, die Deutschland bislang mit zugewanderten Arbeitskräften gemacht hat, zeigen, dass nur sehr geringe negative Effekte auf das Lohnniveau zu erwarten sind. Gleichwohl ist nicht auszuschließen, dass einige regionale Arbeitsmärkte oder auch bestimmte Branchen überdurchschnittlich von Zuwanderung aus den genannten Ländern betroffen sein könnten, sodass sich die Politik unter Handlungsdruck gestellt sieht. Der Druck wird dadurch verstärkt, dass eine unmittelbare Verdrängung heimischer Arbeitnehmer durch Migranten sichtbar ist, als wenn Arbeitsplätze durch preisgünstigere Importe aus dem Ausland dorthin verlagert werden.

Wie sollte die Politik auf die Arbeitnehmer aus den neuen EU-Ländern reagieren?

Von gesetzgeberischen Maßnahmen ist abzuraten, erst recht von gesetzlichen Mindestlöhnen. Sie kosten je nach Höhe und Bindungswirkung eine Vielzahl von Arbeitsplätzen vor allem im Bereich gering qualifizierter Arbeit und damit bei der



Die volle Freizügigkeit für die neuen EU-Mitglieder kann den Fachkräftemangel in Deutschland nur lindern.

Problemgruppe auf dem Arbeitsmarkt. Darüber hinaus würde sich die Frage stellen, mit welchen Argumenten die Politik Begehrlichkeiten anderer Wirtschaftszweige abwehren möchte, die ebenfalls unter starkem internationalem Wettbewerbsdruck stehen. Denn letztlich macht es ökonomisch gesehen keinen großen Unterschied, ob ein Gut beispielsweise in Polen zu geringeren Lohnkosten als in Deutschland produziert und hierher exportiert wird, oder ob das gleiche Gut in Deutschland von einem zugewanderten polnischen Arbeiter gefertigt wird, dessen Lohn ebenfalls niedriger ist als das von anderen hiesigen Arbeitnehmern. In beiden Fällen können die Güter preisgünstig erworben werden – zum Nutzen der Konsumenten.

Am deutschen Arbeitsmarkt fehlen insbesondere gut qualifizierte Arbeitskräfte. Kann die volle Freizügigkeit dem Fachkräftemangel entgegenwirken?

Durch die Zuwanderung von Arbeitskräften aus den Ländern Mittel- und Osteuropas kann der Fachkräftemangel in Deutschland zumindest gelindert werden. Das Problem wird sich allerdings alleine durch die volle Freizügigkeit nicht beheben lassen.

Prof. Wolfgang Franz, franz@zew.de
Kathrin Böhmer, boehmer@zew.de

Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Wolfgang Franz ist seit 1997 Präsident des ZEW in Mannheim und Inhaber eines Lehrstuhls für Volkswirtschaftslehre an der Universität Mannheim. Überdies leitet er die Forschungsgruppe „Wachstums- und Konjunkturanalysen“ des ZEW. Seine Hauptarbeitsgebiete sind die Makroökonomie, die Arbeitsmarkt- und die empirische Wirtschaftsforschung. Seit 2003 ist Franz erneut Mitglied des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung. Seit März 2009 ist er Vorsitzender dieses Gremiums.



Reale Zahlungsbereitschaft für den Klimaschutz

Der Klimawandel und das globale öffentliche Gut Klimaschutz genießen große Aufmerksamkeit in der öffentlichen Debatte. Klimaschutz verursacht jedoch Kosten und es stellt sich die Frage, was die Menschen in Deutschland tatsächlich für Klimaschutz bereit sind zu zahlen.

Klimaschutz ist ein globales öffentliches Gut. Alle Staaten können es unabhängig voneinander nutzen und niemand kann von der erbrachten Reduktion von Treibhausgasemissionen und damit vom Konsum dieses Gutes ausgeschlossen werden – unabhängig davon, ob er einen Beitrag zur Erstellung dieses Gutes geleistet hat oder nicht. Weil das Abschlussprinzip versagt, ist die Zahlungsbereitschaft für öffentliche Güter nicht ohne Weiteres auf Märkten beobachtbar. Deshalb befragen Ökonomen mit Hilfe komplexer Fragebogenstudien die Menschen nach ihrer Zahlungsbereitschaft für den Klimaschutz. Gefragt werden die Probanden etwa, was sie von ihrem monatlichen Einkommen bereit wären zu opfern, um eine Tonne CO₂ zu vermeiden, oder beispielsweise die globale Erwärmung auf ein bestimmtes Niveau zu begrenzen.

Ergebnisse klaffen weit auseinander

Die Ergebnisse dieser Studien sind jedoch sehr uneinheitlich. Die durchschnittliche Zahlungsbereitschaft für die Vermeidung einer Tonne CO₂ reichte angeblich von 25 Euro bis zu 476 Euro. Diese Werte sind mit Vorsicht zu genießen. Denn die Zahlungsbereitschaft für den Klimaschutz wurde dort in einem hypothetischen Kontext erhoben. Keiner der Teilnehmer dieser Studien sah sich genötigt, den genannten Geldbetrag tatsächlich für Klimaschutzzwecke zu verbuchen.

Dass sich die Forschung bislang auf reine Befragungsstudien konzentriert hat, ist befremdlich. Es existiert nämlich eine naheliegende Alternative, um die reale Zahlungsbereitschaft für Klimaschutz zu erheben. Seit dem Jahr 2005 werden im Rahmen des Europäischen Emissionshandels (EU ETS) Verschmutzungsrechte für CO₂ gehandelt. Das Prinzip dieses

Handels ist einfach: Die Mitgliedstaaten geben eine bestimmte Gesamtmenge an Verschmutzungsrechten an die Unternehmen aus, die unter den EU ETS fallen. Diese können dann von den Emittenten frei gehandelt und übertragen werden. Jede



Die Teilnehmer des ZEW-Experiments waren im Durchschnitt bereit, 12 Euro für die Vermeidung einer Tonne CO₂ auszugeben.

Betriebsstätte, die eine Tonne CO₂ ausstoßen möchte, muss bei der zuständigen nationalen Kontrollbehörde ein entsprechendes Recht nachweisen. Sind die Emissionsrechte tatsächlich knapp, bildet sich am Markt ein entsprechender Preis. Ende des Jahres 2010 lag der Preis für eine Tonne CO₂ beispielsweise bei 15 Euro.

Der EU ETS kann nun genutzt werden, um die reale Zahlungsbereitschaft für die Vermeidung einer Tonne CO₂ zu ermitteln. Im Rahmen eines Experiments im März 2010 am ZEW wurden 202 zufällig ausgewählte Personen aus dem Mannheimer Stadtgebiet eingeladen. Die Stichprobe der Probanden war hinsichtlich Alter und Geschlecht repräsentativ für die Mannheimer Stadtbevölkerung. Die Teilnehmer erhielten jeweils 40 Euro Aufwandsentschädigung für die Teilnahme an dem

Experiment ausgezahlt. Sie wurden über wichtige Folgen des Klimawandels sowie über die Funktionsweise des EU ETS aufgeklärt. Dann wurden ihnen CO₂-Rechte zu fünf zufällig ausgewählten Preisen zum Kauf angeboten. Es bestand dabei kein Kaufzwang für den Probanden. Den Teilnehmern wurde wahrheitsgemäß erklärt, dass die Veranstalter des Experiments bei einer Kaufentscheidung tatsächlich die entsprechende Menge an Zertifikaten an der Leipziger Strombörse kaufen und stilllegen würden. Durch den Kauf

eines Verschmutzungsrechts hatten die Probanden demnach die Möglichkeit, die insgesamt in Europa emittierte Menge an CO₂ zu reduzieren. Auf diese Weise konnte für jeden Teilnehmer eine individuelle Nachfragefunktion für die Vermeidung von CO₂ ermittelt und daraus die korrespondierende Zahlungsbereitschaft gefolgert werden. Was waren die Ergebnisse?

Geringe Zahlungsbereitschaft

Im Mittel war die Zahlungsbereitschaft für die Vermeidung klimaschädlicher Treibhausgase positiv, aber gering. Sie betrug knapp 12 Euro für eine Tonne CO₂. Dies ist der niedrigste bislang ermittelte Wert. Interessant ist darüber hinaus, dass gut 60 Prozent der Teilnehmer am Experiment eine Zahlungsbereitschaft

WIRTSCHAFTSPOLITISCHE ANALYSE

Die **experimentelle Ökonomik** ist eine Methode innerhalb der Wirtschaftsforschung, die zunehmend an Bedeutung gewinnt. Im Mittelpunkt dieser Forschungsrichtung stehen Labor- als auch Feldexperimente, mit deren Hilfe Theorien überprüft werden. Neben dem reinen Theorietest haben Experimente die Funktion, stilisierte Fakten zu erzeugen, das heißt Beobachtungen, die sich als reproduzierbar und robust hinsichtlich verschiedener Elemente der Laborumgebung erweisen. Auf Basis dieser Verhaltensmuster können neue Theorien mit höherer Erklärungskraft entwickelt werden. Experimente haben also durchaus eine „theoriebildende“ Funktion. Eine weitere Anwendungsmöglichkeit für Experimente besteht darin, die Wirkung bestimmter Marktinstrumente noch vor ihrer Implementierung in der Realität zu untersuchen. Dieser Institutionentest ist insbesondere für die praxisnahe Wirtschaftspolitik von Bedeutung, da er die Möglichkeit bietet, Mechanismen, die theoretisch schwer zu handhaben sind, im Labor einem „Härtetest“ zu unterziehen. Darüber hinaus können individuelle Präferenzen durch Experimente ermittelt werden, beispielsweise Zahlungsbereitschaften für bestimmte Güter.



Eine typische Situation im Experiment: Ein Proband muss entscheiden, wieviel Geld er für einen bestimmten Zweck einsetzen möchte.

von null Euro aufwies. Aus dem Blickwinkel der ökonomischen Theorie ist dieses Ergebnis bemerkenswert, bedeutet es doch, dass letztlich für eine substanzielle und kostspielige Klimapolitik keine politische Mehrheit existiert. Hervorzuheben ist, dass die Stichprobe der Probanden in Deutschland erhoben wurde, einem Land, in dem der Klimawandel und seine negativen Folgen große Aufmerksamkeit genießen. Darüber hinaus sind die Einkommen in Deutschland relativ hoch und im Allgemeinen geht ein höheres Einkommen mit einer höheren Nachfrage nach Umweltschutz einher.

Was bedeutet die geringe Zahlungsbereitschaft für die internationale Klimaschutzpolitik? Die Ergebnisse des Experiments lassen vermuten, dass die Bereitschaft, Geld für die Vermeidung von CO₂

auszugeben, in anderen Ländern kaum stärker ausfallen dürfte.

Symbolische Politik

Tatsächlich ist eine geringe Zahlungsbereitschaft für den Klimaschutz eine gute Erklärung, warum wichtige Vertragsstaaten nach der Aushandlung des Kyoto-Protokolls das Abkommen durch zahlreiche Nachverhandlungen zu letztlich symbolischer Politik reduziert haben. Mit der Verabschiedung des Protokolls konnte der Öffentlichkeit demonstriert werden, dass die Politik beim Problem des Klimawandels handelt. Anschließend wurde nachjustiert, um die Umsetzungskosten des Vertrags der geringen Zahlungsbereitschaft der Wähler anzupassen. Wenn selbst in einem Land wie Deutschland die

Zahlungsbereitschaft für den Klimaschutz eher gering ist, wie soll dann China und Indien in einem Folgeabkommen die Übernahme eigener kostspieliger Minderungs-pflichten zu Lasten von weiterem wirtschaftlichem Wachstum schmackhaft gemacht werden? Die Einbindung von Schwellenländern ist aber unverzichtbar, wenn es künftig gelingen soll, die weltweiten CO₂-Emissionen spürbar zu reduzieren und damit dem Klimawandel entgegenzuwirken.

Prof. Dr. Andreas Löschel, loeschel@zew.de
Prof. Dr. Bodo Sturm
Prof. Dr. Carsten Vogel

ZEW INTERN

ZEW-Wissenschaftler vermitteln Schülern Wirtschaftswissen

Das ZEW hat sich im Dezember 2010 gemeinsam mit den Universitäten von Washington und Chicago an einer Aktion zur Vermittlung von Wissen über Wirtschaft an einer Schule in einem sozialen Brennpunkt von Chicago beteiligt. Im Rahmen mehrerer Lerneinheiten wurden die Schülerinnen und Schüler einer achten Klasse mit zentralen volkswirtschaftlichen Themen vertraut gemacht. Eine dieser Lerneinheiten wurde von den ZEW-Wissenschaftlern Dr. Susanne Neckermann und Jan Hogrefe (Foto) konzipiert und im Rahmen einer Internet-Session „live“ in die Vereinigten Staaten übertragen. Diese Form des Schulunterrichts motiviert die Schüler in hohem Maße zur Beschäftigung mit wirtschaftlichen Fragestellungen, was dem ZEW ein großes Anliegen ist.



Foto: ZEW

Workshop zu aktuellen Entwicklungen in der verhaltensbasierten Mikrosimulation

Anfang Dezember 2010 veranstaltete das ZEW einen zweitägigen Workshop zu neuen Entwicklungen in der verhaltensbasierten Mikrosimulation. 35 Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler aus dem In- und Ausland nutzten die Gelegenheit zur wissenschaftlichen Diskussion.

Als Hauptredner des Workshops sprach Richard Blundell (University College London und Institute for Fiscal Studies). Er stellte die wichtigsten Lektionen des Mirreels Review vor, einem großangelegten Projekt, in dem zahlreiche internationale Experten die Eigenschaften eines guten Steuersystems untersucht haben.

Ein weiterer Schwerpunkt des Workshops lag im Bereich der Familienökonomik. Hier zeichnet sich ein wachsender wirtschaftspolitischer Beratungsbedarf ab. So führt etwa das ZEW derzeit für das Familien- und das Finanzministerium mit den Methoden der Mikrosimulation eine Sofortevaluation von 13 ehe- und familienbezogenen Leistungen in Deutschland durch.

Katharina Wrohlich (DIW Berlin), Alexander Bick (Goethe-Universität Frankfurt) und Egbert L.W. Jongen (CPB Den Haag) befassten sich aus verschiedenen methodischen Blickwinkeln mit dem Zusammenhang zwischen außerhäuslicher Kinderbetreuung und der Erwerbstätigkeit von Frauen. Arthur van Soest (Universität Tilburg) untersuchte den Einfluss des Steuer-Transfer-Systems auf die Aufgabenverteilung bei der Hausarbeit.

Marco Cosconati (Banca d'Italia) stellte ein Modell zur Analyse des Einflusses der Erziehung auf die Humankapitalbil-

dung vor, Andreas Steinhauer (Universität Zürich) verknüpfte die Ex-post-Evaluation von Elternzeitregelungen mit einem strukturellen Modell der Arbeitsplatzsuche. Verschiedene Beiträge befassten sich darüber hinaus mit allgemeinen methodischen Fragen: Philippe Liégeois (CEPS/

der Arbeitsnachfrage in Mikrosimulationsmodelle. Jürgen Wiemers (IAB Nürnberg) stellte eine Untersuchung darüber vor, inwiefern sich durch die Hartz-IV-Reformen die Inanspruchnahme von Sozialleistungen verändert hat.

Breite Anwendungsmöglichkeiten

Mehrere der im Workshop diskutierten Papiere verknüpften Mikrosimulationsmodelle mit einer Lebenszyklusbetrachtung, um die Ausgestaltung des Steuer-



Die verhaltensbasierte Mikrosimulation hilft abzuschätzen, welche Auswirkung etwa bestimmte Politikmaßnahmen auf Familien haben.

INSTEAD Luxemburg) stellte ein Verfahren zum Umgang mit negativen Grenznutzen in diskreten Wahlmodellen vor. Andreas Peichl und Sebastian Sieglöcher (beide IZA Bonn) beschäftigten sich mit einer vergleichenden Analyse von Arbeitsangebotselastizitäten und der Integration

Transfer-Systemen unter den Bedingungen des demographischen Wandels (Peter Haan, Goethe-Universität Frankfurt), den Nettobeitrag von Einwanderern zur Sozialversicherung (Murat G. Kirdar, Technische Universität Ankara) oder den privaten Vermögensaufbau (Simone Tedeschi, Universität Modena) zu untersuchen.

Die Breite der Anwendungen von Mikrosimulation zeigten die Beiträge von Daniela Glocker (DIW Berlin), die den Einfluss von Studiengebühren untersuchte, und von David Philipps (IFS London), der den Einfluss der Lebensmittelpreise auf den Haushaltskonsum in Mexiko analysierte und zum Ende seines Vortrags einen Überblick über die Forschung im Bereich der Mikrosimulation am IFS gab.

Dr. Holger Stichnoth, stichnoth@zew.de

Die **Mikrosimulation** ist ein wichtiges Werkzeug der Politikberatung und kommt am ZEW jedes Jahr in mehreren Projekten zum Einsatz. Auftraggeber sind dabei in der Regel Bundesministerien oder Gremien wie der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung. In der Mikrosimulation werden Individual- oder Haushaltsdaten mit ökonomischen Modellen kombiniert, um Auswirkungen von Politikmaßnahmen vorherzusagen. In der verhaltensbasierten Mikrosimulation wird dabei berücksichtigt, dass die Haushalte auf die veränderten Rahmenbedingungen reagieren, sie beispielsweise nach einer Reform im Steuer-Transfer-System ihr Arbeitsangebot ausweiten oder einschränken.

ZEW INTERN

Lars Feld in den Sachverständigenrat berufen

Die Bundesregierung hat Prof. Dr. Lars Feld in den Sachverständigenrat zur Begutachtung der Gesamtwirtschaftlichen Entwicklung berufen. Als Ratsmitglied folgt er Prof. Dr. Wolfgang Wiegard von der Universität Regensburg nach, der aus dem Gremium ausscheiden wird. Prof. Feld ist Direktor des Walter Eucken Instituts der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg sowie langjähriger Forschungsprofessor am ZEW.



Foto: Walter Eucken Institut Freiburg

Habilitationen und Promotionen am ZEW

Die Qualifikation der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ist dem ZEW ein großes Anliegen. Im vergangenen Jahr wurden eine Habilitation und zahlreiche Promotionen am ZEW abgeschlossen. Unser Dank geht an die Betreuer der Arbeiten, vor allem an den Erstgutachter.

Habilitationen seit Januar 2010

Friedrich Heinemann, „Papers on Empirical Public Finance“, Prof. Lars Feld, Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg.

Promotionen seit Januar 2010

Birgit Aschhoff, „Public Money for Private Research: Empirical Analyses of Policy Instruments to Stimulate R&D Activities in the Business Sector with a Focus on Subsidies and Public Procurement“, Prof. Uwe Cantner, Friedrich-Schiller-Universität Jena.

Katja Coneus, „Empirische Untersuchungen zur frühkindlichen Bildung in Deutschland“, Prof. Alexander Kemnitz, Technische Universität Dresden.

Michael Grünewald, „Internationales Steuerinformationssystem“, Prof. Christoph Spengel, Universität Mannheim.

Alexander Kalb, „Public Sector Efficiency – An Application to Local Governments in Germany“, Prof. Lars Feld, Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg.

Matthias Köhler, „Integration, Regulierung und Corporate Governance im EU Bankensektor“, Prof. Reint Gropp, European Business School – International University Schloß Reichartshausen.

Jenny Meyer, „ICT, Workforce Age and Firm Performance – Firm-Level Evidence from Germany“, Prof. Ulrich Kaiser, Universität Zürich.

Florian Misch, „Fiskalpolitik und Wirtschaftswachstum“, Prof. Richard Kneller, University of Nottingham.

Grit Mühler, „Essays in Applied Microeconomics and Econometrics“, Prof. Bernd Fitzenberger, Albert-Ludwigs-Universität Freiburg.

Bettina Müller, „Human Capital in New Firms“, Prof. Oliver Fabel, Universität Konstanz und Universität Wien.

Sandra Schmidt, „Interest Rate Dynamics, Interest Rate Expectations and the Operational Framework of Central Banks“, Prof. Dieter Nautz, Freie Universität Berlin.

Susanne Steffes, „Beschäftigungsdynamik und heterogene Arbeitsverhältnisse“, Prof. Bernd Fitzenberger, Albert-Ludwigs-Universität Freiburg.

Holger Stichnoth, „Essays zur Einwanderung, zum relativen Einkommen und zur Umverteilung“, Prof. Claudia Senik, L'Ecole des Hautes Etudes en Sciences Sociales (EHESS).

Hannes Ullrich, „Essays in Applied Microeconomics and Econometrics“, Prof. Ulrich Kaiser, Universität Zürich.

Tobias Veith, „Aspekte von Regulierung und Wettbewerb in europäischen Telekommunikationsmärkten“, Prof. Jürgen Weigand, Wissenschaftliche Hochschule für Unternehmensführung (WHU) – Otto Beisheim School of Management.

Qingwei Wang, „Investor Beliefs and Forecast Evaluation“, Prof. Ernst Maug Universität Mannheim.

Finanzexperten aus China und Vietnam schließen Weiterbildung am ZEW erfolgreich ab

Im November 2010 endete der Kurs „Strengthening Macroeconomic Policies“ in Mannheim. Zehn Wochen besuchten Teilnehmer von staatlichen Institutionen aus China und Vietnam am ZEW Weiterbildungskurse zu den Themen Fiskal- und Geldpolitik, Arbeits- und Finanzmärkte, Handelspolitik sowie Entwicklungsstrategien. Das Wissen wurde vor allem von ZEW-Wissenschaftlern vermittelt. Ergänzt wurde das Angebot durch Veranstaltungen von Professoren der Universitäten Mannheim, Heidelberg und Konstanz sowie von externen Referenten aus Zürich und Mannheim. Alle Teilnehmer schlossen den Kurs erfolgreich ab und nahmen bei der Abschlussveranstaltung die Zertifikate und Glückwünsche des kaufmännischen Geschäftsführers des ZEW, Thomas Kohl, und des Präsidenten des ZEW, Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Wolfgang Franz, entgegen. Die Weiterbildung, welche der Servicebereich Wissenstransfer & Weiterbildung des ZEW im Auftrag von InWEnt – Internationale Weiterbildung und Entwicklung gGmbH durchführt, wird im Herbst 2011 erneut am ZEW stattfinden.

NEUERSCHEINUNG

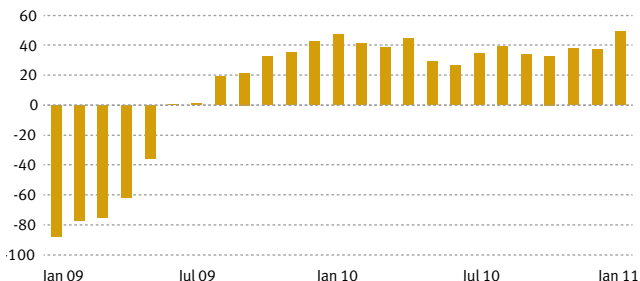
Präsentieren in Wissenschaft und Forschung

Barbara Hey

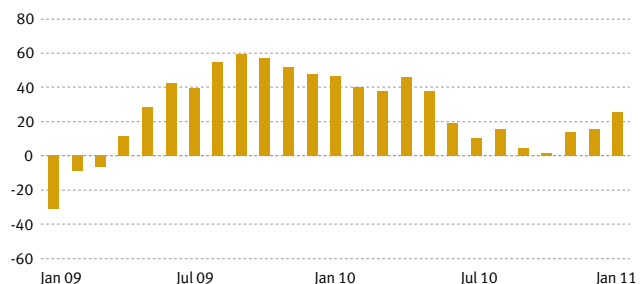
Der Vortrag ist die Visitenkarte jedes Forschers. Er bietet eine Möglichkeit, seine Forschungsergebnisse, seine Arbeitsweise und sich selbst einem größeren Publikum näherzubringen. Neben dem Inhalt muss auch die Form stimmen. Aus diesem Grund sind präsentationstechnische Fähigkeiten und Kenntnisse Grundvoraussetzungen für einen guten wissenschaftlichen Vortrag. Das Buch geht in prägnanter Form auf die speziellen Fragestellungen und Bedürfnisse von Wissenschaftlern bei Präsentationen ein. Es vermittelt anschaulich, worauf Forscher in den einzelnen Phasen eines Vortrags achten sollten. Springer Verlag, Heidelberg 2010, ISBN 978-3-642-14586-5

DATEN UND FAKTEN

ZEW-Finanzmarkttest im Januar 2011



Saldo der positiven und negativen Einschätzungen bezüglich der kurzfristigen Zinsen im Euroraum in sechs Monaten. Quelle: ZEW



Saldo der positiven und negativen Einschätzungen bezüglich der Konjunkturerwartungen im Euroraum. Quelle: ZEW

EZB: Steigende Zinsen erwartet

Zwei Drittel der vom ZEW befragten Finanzmarktexperten gehen davon aus, dass die Preise in Deutschland in den nächsten sechs Monaten mit einer stärkeren Rate steigen werden als den derzeitigen 1,7 Prozent. Wenn sich entsprechende Anzeichen verdichten, könnte dies den Fokus der Europäischen Zentralbank (EZB) wieder stärker auf die Geldwertstabilität lenken und die EZB über Zinserhöhungen nachdenken lassen: Jedenfalls erwarten über die Hälfte Finanzmarktexperten ein steigendes Niveau der kurzfristigen Zinsen auf Sicht von sechs Monaten.

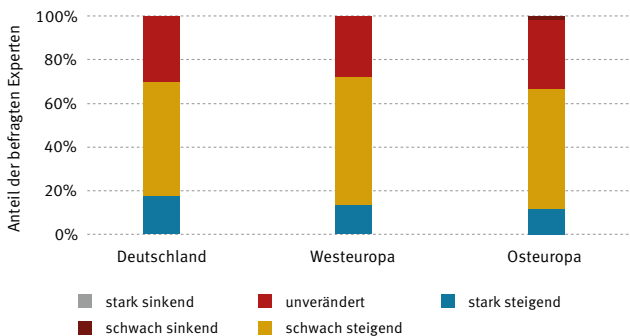
Christian David Dick, dick@zew.de

Eurozone: Heterogene Wirtschaftsdynamik

Die Turbulenzen auf den Finanzmärkten gelten aufgrund der hohen Staatsverschuldung einiger Euroländer keinesfalls als abgeschlossen. Darüber hinaus beurteilen die vom ZEW befragten Finanzmarktexperten die wirtschaftliche Lage in den übrigen Ländern der Eurozone schlechter als die Lage in Deutschland. Dies ist ein Beispiel dafür, dass die wirtschaftliche Entwicklung in der Eurozone sehr heterogen verläuft. Die Erwartungen für die Konjunkturerwartung in der Eurozone insgesamt zeigen allerdings deutlich aufwärts.

Christian David Dick, dick@zew.de

Nachfrage auf den Kurier- Express- und Paketdienstmärkten zieht weiter an

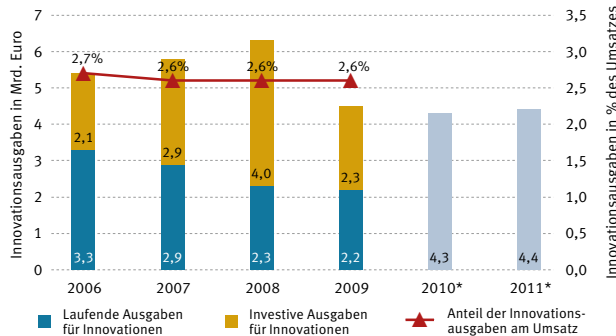


Quelle: ZEW

Die Kurier- Express- und Paketdienstmärkte (KEP) haben sich in den vergangenen Jahren als die stabilsten Wachstumsmärkte erwiesen. Auch aktuell gehen gut 70 Prozent der von ProgTrans/ZEW befragten Experten von einer steigenden Aufkommensentwicklung im Deutschland- und Westeuropaverkehr aus; beim Osteuropaverkehr sind es nur unwesentlich weniger. Diese im Mehrjahresvergleich sehr hohe Dynamik dürfte darauf zurückzuführen sein, dass die konjunkturellen Effekte durch eine generell KEP-orientierte Beschaffungs- und Vertriebslogistikentwicklung eine zusätzliche Verstärkung erfahren.

Dr. Claudia Hermeling, hermeling@zew.de

Metallindustrie: Innovationsausgaben bleiben auf niedrigem Niveau



* Planzahlen Frühjahr/Sommer 2010

Quelle: ZEW, Mannheimer Innovationspanel

Die Innovationsausgaben der Metallindustrie (Metallerzeugung und Metallwarenherstellung) sind 2009 um 29 Prozent auf 4,5 Milliarden Euro gefallen. Ursache war eine kräftige Reduktion der Investitionsbudgets, die auch Investitionen für Prozessinnovationen und die Herstellung neuer Produkte betrafen. Der investive Anteil an den Innovationsausgaben sank von 63 Prozent in 2008 auf 51 Prozent in 2009. Für 2010 und 2011 planen die Unternehmen in Summe keinen Wiederanstieg der Innovationsausgaben. 2010 sollen sie um 4 Prozent auf 4,3 Milliarden Euro fallen, 2011 ist ein Anstieg auf 4,4 Milliarden Euro geplant.

Dr. Christian Rammer, rammer@zew.de

STANDPUNKT



Euro-Krise?

Wenn denn der Euro wirklich an den derzeitigen Schwierigkeiten und Fehlentwicklungen im Euro-Raum schuld wäre, stünde es in der Tat schlecht um das Gelingen der Währungsunion. Aber so ist es nicht, selbst wenn dies in einschlägigen Talk-Runden

und pseudo-wissenschaftlichen Druckerzeugnissen dem Volk von Wichtigtuern einzuähmern versucht wird.

Wäre der Euro für die derzeit besonders virulenten makroökonomischen Störungen verantwortlich, so müsste beispielsweise der Euro-Raum im Vergleich zu anderen Währungsräumen ein besonders starkes Ungleichgewicht in seiner Leistungsbilanz und seiner öffentlichen Verschuldung aufweisen. Das Gegenteil trifft zu. Die Leistungsbilanz des gesamten Euro-Raums ist nahezu ausgeglichen und seine Neuverschuldung lag im Jahr 2010 mit knapp 7 v. H. des Bruttoinlandsprodukts weit unterhalb der von Japan (fast 10 v. H.), des Vereinigten Königreichs (etwas über 10 v. H.) und der Vereinigten Staaten (rund 11 v. H.). Wohlgermerkt, diese Gegenüberstellung bezieht sich auf das Euro-Gebiet als Ganzes und so gesehen handelt es sich eben um keine „Euro-Krise“. Innerhalb des Euro-Raums sieht die Sache anders aus, denn einzelne Länder sind sehr wohl in Schwierigkeiten und damit sind wir bei den eigentlichen Ursachen der Krise angekommen, nämlich den hausgemachten Fehlern in einzelnen Euro-Ländern.

Im Fall Griechenlands ist finanzpolitisches Fehlverhalten über Jahre hinweg zu konstatieren, dessen wahres Ausmaß die griechischen Behörden mit Hilfe statistischer Manipulationen weitgehend verschleiern konnten. In Irland lag die Hauptursache in einer exzessiven Kreditvergabe des Finanzsystems insbesondere in den Jahren des Immobilien-Booms. Der irische Staatshaushalt war noch im Jahr 2007 ausgeglichen und es ist noch nicht lange her, als angesichts der ökonomischen Leistungsfähigkeit Irlands vom „keltischen Tiger“ die Rede war. Letztlich fungiert der Rettungsschirm für Irland also als Bankenrettungsprogramm. Analoges trifft auf die Hilfe für Griechenland insoweit zu, als deutsche und französische Banken zu Anfang des Jahres 2010 Forderungen gegenüber Griechenland in Höhe von rund 44 beziehungsweise 71 Milliarden US-Dollar aufweisen (das waren

rund 57 v. H. aller konsolidierten Auslandsforderungen gegenüber Griechenland). Vor dem Hintergrund der Erfahrungen mit der Insolvenz von Lehman Brothers und der noch nicht (ganz) ausgestandenen Finanzkrise ist nachvollziehbar, dass der Politik eine Umschuldung griechischer Staatsanleihen anstelle des Rettungsschirms zu riskant erschien.

Mithin dürfte klar sein, in welche Richtung Aktivitäten gehen müssen, um ähnliche Krisen künftig möglichst zu verhindern. Erstens dürfen systemrelevante Banken den Staat und damit den Steuerzahler nicht wieder in Geiselschaft nehmen können. Hier helfen entweder systemische Eigenkapitalzulagen oder eine spezifische Lenkungssteuer („Pigou-Steuer“). Zweitens bedarf es nach Auslaufen des derzeitigen Rettungsschirms eines funktionstüchtigen Krisenmechanismus. Dieser muss je nach Schwere des finanzpolitischen Fehlverhaltens eine Beteiligung der privaten Gläubiger bei der Lösung von staatlichen Zahlungsschwierigkeiten vorsehen. Drittens muss der Stabilitäts- und Wachstumspakt entscheidend gehärtet werden. Zu allen drei Aspekten hat der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung Vorschläge unterbreitet.

Ein Austritt Deutschlands aus der Währungsunion gehört allerdings definitiv nicht dazu. Das wäre in hohem Maße töricht, denn eine massive Aufwertung der dann neuen D-Mark wäre die Folge, mit immens negativen Folgen für unsere Exporte und Arbeitsplätze. Mit der Vermeidung beträchtlich schwankender nominaler Wechselkurse rechtfertigte sich doch seinerzeit aus ökonomischer Sicht ganz wesentlich eine Währungsunion. Denn wie aus der Lehrbuch-Literatur bekannt (Mundell-Fleming-Modell), kann man die folgenden drei Optionen nur paarweise, jedoch nicht gleichzeitig zusammen realisieren: stabile nominale Wechselkurse, eine autonome Geldpolitik und einen freien Kapitalverkehr. Die Währungsunion bot daraus einen Ausweg. Solche Einsichten zu vermitteln ist natürlich schwerer als in D-Mark-Nostalgie zu schwelgen.

Wolfgang Franz

ZEW

Zentrum für Europäische
Wirtschaftsforschung GmbH

ZEW news – erscheint zehnmal jährlich

Herausgeber: Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung GmbH (ZEW) Mannheim,
L 7, 1, 68161 Mannheim . Postanschrift: Postfach 103443, 68034 Mannheim . Internet: www.zew.de, www.zew.eu
Präsident: Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Wolfgang Franz · Kaufmännischer Direktor: Thomas Kohl

Redaktion: Kathrin Böhrer · Telefon 0621/1235-103 · Telefax 0621/1235-222 · E-Mail boehmer@zew.de
Gunter Gröttmann · Telefon 0621/1235-132 · Telefax 0621/1235-222 · E-Mail groettmann@zew.de

Nachdruck und sonstige Verbreitung (auch auszugsweise): mit Quellenangabe und Zusendung eines Belegexemplars

© Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung GmbH (ZEW), Mannheim, 2010